

1. Der Staat

„Staat“ = neuzeitlicher Begriff der politischen Ordnung (vgl. politische Ordnung der Vormoderne = Reich)

= ein einheitlicher und umfassender Herrschaftsverband mit:

- a. Gewaltmonopol (=Exekutive)
- b. dem Recht zur Gesetzgebung (=Legislative)
- c. Rechtsprechung (=Judikative)

Kennzeichen des modernen Staats = Träger der staatlichen Gewalt übt Herrschaftsgewalt einheitlich gegenüber allen aus

= Trägerschaft ≠ gebunden an Stand (Adel, Bauer etc.)

= Jede/r BürgerIn ist frei

Durch Gewaltmonopol des Staates haben alle BürgerInnen Friedenspflicht. Staat ist auf Partizipation und Loyalität der BürgerInnen angewiesen, um Bestand sichern zu können.

Wesentliche Merkmale des liberalen Verfassungsstaates = Parlament

- = Verfassung
- = Gewaltenteilung
- = Grundrechte
- = Menschenrechte

2. Der Nationalstaat

Die Bildung der Nationalstaaten geht einher mit einem Prozess der kulturellen Vereinheitlichung (vgl. Schaffung von Nationalsprachen). Die europäischen Nationalstaaten (in heutiger Form) bilden sich zwischen dem 17. und 19. Jahrhundert. Vielvölkerstaaten (wie etwa Österreich) zunehmend abgelehnt.

Völkerrechtliche Kennzeichen des Nationalstaats

- = Herrschaftsbereich ist auf Staatsgebiet eingeschränkt
- = Zugehörigkeit zum Nationalstaat durch Staatsbürgerschaft
- = Staatsgewalt ist organisierte Herrschaft mit handlungsfähiger Regierung (Zwangsgewalt)
- = Souveränität als das Recht auf Regelung der inneren Angelegenheiten
- = Sicherung des Bestands und der Einheit des Staates durch Institutionen
- = Loyalität und Partizipation der BürgerInnen als Voraussetzung für Bestand
- = rechtliche Unabhängigkeit, Verpflichtungen werden freiwillig eingegangen (Völkerrecht)

Vorteile des Nationalstaates

- = Rechtsschutz durch Gesetze (keine Selbstjustiz, Staat als Inhaber der Zwangsgewalt nach innen und nach außen - Polizei, Armee, gerichtliche Zwangsvollstreckung unterstehen den staatlichen Gesetzen)
 - Nationalstaat als Friedens- und Rechtseinheit mit doppelter Schutzfunktion:
 - a. gegenüber Staatsangehörigen im Inneren (durch Rechtsordnung) und nach Außen (Verteidigung im Kriegsfall)
 - b. Sicherung der allgemeinen Wohlfahrt (Gemeinwohl) – Armutsbekämpfung, etc.
- = Entscheidungseinheit, d.h. Entscheidungen werden nach Kompetenz- und Verfahrensordnung getroffen, nicht willkürlich (vgl. Gewaltenteilung, Gerichtshöfe).
- = Solidarverband: möglicher Ort der Identitätsbildung und Bereitschaft zur Solidarität zwischen BürgerInnen und Generationen
- = Nach Außen: Anerkennung anderer Nationen und Nationalitäten als gleichberechtigt

Herausforderungen für den Nationalstaat

- = Assimilation, im schlimmsten Fall Unterdrückung von Minderheiten (Frage nach Möglichkeit der Bewahrung von Kultur und Sprache)
- = zum Teil künstliche Schaffung der Nationalstaaten – Wer ist Nationalstaat? (8000 Ethnien - 200 Staaten: ist jede Ethnie ein Staat?)
- = von Loyalität und Partizipation der BürgerInnen abhängig
- = Kämpfe zwischen unterschiedlichen Gruppen um die politische Herrschaft – Wann ist eine Verselbstständigung eines Staatsteiles berechtigt?

3. Internationalität: Die Vereinten Nationen

Entstehung der Vereinten Nationen aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges. Zunehmende Bedeutung aufgrund wachsender internationaler Interdependenz.

„Vereinte Nationen“ = UNO (*United Nations Organization*) ist ein Zusammenschluss von Staaten auf der Grundlage des Völkerrechts durch einen Gründungsvertrag (= Charta der Vereinten Nationen von 1945)

Ziele der UNO = Kollektive Friedenssicherung – Friedenspflicht als Grundpfeiler der gegenwärtigen Völkerrechtsordnung (vgl. Beitrag zur Deeskalation von Konflikten, Befriedung von regionalen Konflikten)

= Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker

= Internationale Zusammenarbeit

= Abstimmung der Ziele der Völker

Organe der Vereinten Nationen: siehe Materialblatt

Gegenwärtige Herausforderungen = Spannung zwischen Universalismus und Kulturalismus

= wachsender Bilateralismus – Machtinteressen stärkerer Staaten, die nicht an internationale Ordnung gebunden

= Wirtschaftsliberalismus – Grenzen verschwimmen zunehmend, aber zugleich keine politische Ordnungen schafft und keine kulturelle Integration

= Spannung zw. ethischer Vernunft – politischer Macht

4. Supranationalität: Die Europäische Union

Europa als Friedens- und Solidaritätsprojekt. Erfahrungen der Kriege führen zu Wunsch einer Zukunft in Frieden: „Nie wieder Krieg in Europa“.

Mittel zur Erreichung dieses Ziels = Wirtschaftliche Verflechtungen - Kriege unmöglich
= Unterstützung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen
= Förderung des kultureller Austausch

Historische Etappen siehe Gliederungsblatt / Organe der EU siehe Materialblatt.